



Prämien: Ständerat macht Rückzieher

Steuerabzüge Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Der Bundesrat fasst einen Auftrag vom Parlament – gegen seinen Willen. Er soll die Pauschalabzüge bei der direkten Bundessteuer erhöhen, um der steigenden Prämienlast bei den Krankenkassen entgegenzuwirken. Kaum ist die ausgearbeitete Gesetzesreform im Parlament, regt sich dort Widerstand.

So geschehen gestern im Ständerat. Er hat es abgelehnt, überhaupt erst auf die Revision einzutreten. Der Grund: die drohenden Mindereinnahmen für die Bundeskassen von geschätzt 400 Millionen Franken. Nur: Das war schon bekannt, als das Parlament über die Motion des Waadtländer SVP-Nationalrates Jean-Pierre Grin beriet.

In der Zwischenzeit hat der finanzpolitische Wind gedreht. Noch 2019 sahen die Bundesfinanzen rosig aus. Mindereinnahmen in Millionenhöhe? Kein

Problem. Zwei Krisen später sieht es düsterer aus. Es sei im Moment nicht angebracht, zusätzliche Steuerausfälle in Kauf zu nehmen, sagte Peter Hegglin (Mitte/ZG) im Namen der Kommission.

Wenig Verständnis für dieses Manöver hatte Hannes Germann (SVP/SH) übrig: «Sie brechen einfach ein Versprechen.» Es gehe darum, «ein Teil der Glaubwürdigkeit» des Parlaments zu retten. Statt die Vorlage zu beerdigen, solle der Ständerat eintreten und die notwendigen Anpassungen vornehmen. Es sei unbestritten, dass die Prämienbelastung gestiegen sei.

Das liess Paul Rechsteiner (SP/SG) nicht auf sich sitzen. «Wenn Sie hier eintreten, ist das einfach Politik für die Reichen.» Aus sozialpolitischer Optik spiele die Musik bei den Prämienverbilligungen. Mit den drohenden Mindereinnahmen überzeugte diese Argumentation die Mehrheit. Der Ständerat trat mit 32 zu 11 Stimmen nicht auf die Vorlage ein. Das Geschäft geht jetzt an den Nationalrat. (rwa)